



Newsletter

9. Juli 2021

Finanzen – Kommunen haben Pandemiejahr gut überstanden

Die hessischen Landkreise und Kommunen haben 2020 einen Gesamtüberschuss von einer Milliarde Euro erzielt. „Entgegen der Befürchtungen zu Beginn der Corona-Pandemie sind die hessischen Landkreise, Städte und Gemeinden dank eigener Rücklagen, Haushaltsdisziplin sowie umfangreicher Hilfen von Bund und Land gestärkt aus dem Pandemiejahr 2020 hervorgegangen“, sagte Innenminister Peter Beuth.

Bildung – Lerncamps in den Sommerferien sind ein Erfolg

Auch in den kommenden Sommerferien haben Schülerinnen und Schüler in ganz Hessen wieder die Möglichkeit, an einem Lerncamp teilzunehmen und sich so noch besser auf die nächste Jahrgangsstufe und den Schuljahresstart vorzubereiten. Insgesamt mehr als 300 Schulen werden in den sechswöchigen Sommerferien Lernangebote in Kleingruppen für rund 13.300 Schülerinnen und Schüler anbieten.

Verkehrsinfrastruktur – Sanierungstau abbauen

Die Sprengung der maroden Brückenteile der Salzachtalbrücke muss aus Sicht der Landesregierung so zügig wie möglich erfolgen, damit sich die sehr angespannte Verkehrssituation in und um Wiesbaden wieder bessert. Das betonte Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir im Hessischen Landtag. Den Sanierungstau an Straßen und Brücken bezeichnete er als das größte Infrastrukturproblem deutschlandweit.

Außerdem in dieser Ausgabe:

- ▶ Schule – Hotline für Fragen zur Zeugnisvergabe eingerichtet
- ▶ Gesundheit – Erste Lesung des neuen Nichtraucherschutzgesetzes
- ▶ Veranstaltungen – Neue Internetseite „Eventgenehmigung Hessen“ gestartet
- ▶ Wirtschaft – Vergabe von öffentlichen Aufträgen in Hessen erleichtert
- ▶ Verkehrswirtschaft – Eurobike findet erstmals in Frankfurt statt

Zahl der Woche, Link der Woche, Hessenbilder, Impressum

Mehr dazu auf den folgenden Seiten

Finanzen – Kommunen haben Pandemiejahr gut überstanden

Die hessischen Landkreise und Kommunen haben 2020 einen Gesamtüberschuss von einer Milliarde Euro erzielt. „Entgegen der Befürchtungen zu Beginn der Corona-Pandemie sind die hessischen Landkreise, Städte und Gemeinden dank eigener Rücklagen, Haushaltsdisziplin sowie umfangreicher Hilfen von Bund und Land gestärkt aus dem Pandemiejahr 2020 hervorgegangen“, sagte Innenminister Peter Beuth.

„Unter dem Strich überstiegen die Erträge die Aufwendungen um mehr als eine Milliarde Euro“, so Beuth weiter. „Sie übertrafen damit sogar das gute Ergebnis aus dem Vorpandemiejahr 2019 um rund 300 Millionen Euro. Wohl wissend, dass eine negative Entwicklung des Pandemiegeschehens weitere Auswirkungen auf die finanzielle Leistungsfähigkeit unserer Kommunen haben kann, belegen die Zahlen aus dem vergangenen Jahr, dass die finanzielle Unterstützung gewirkt hat, die Finanzen der Kommunen dadurch weiter sehr stabil sind und kommende Herausforderungen von der großen Mehrheit der Kommunen mit einem ordentlichen Polster angepackt werden können.“

Mit den Überschüssen des Haushaltsjahres 2020 stiegen die Rücklagen der Kommunen insgesamt von 4,15 Milliarden Euro in 2019 auf 4,75 Milliarden Euro zum Ende des Jahres 2020 an. Bund und Land hatten den pandemiebedingt absehbaren Ausfall von Gewerbesteuererinnahmen der Städte und Gemeinden 2020 mit über 1,2 Milliarden Euro ausgeglichen. Davon stammten 661 Millionen Euro aus dem Corona-Sondervermögen des Landes. Die Kreise und kreisfreien Städte erhielten 250 Millionen Euro aus einer Steigerung der Bundeszahlungen für die nach dem Sozialrecht entstehenden Kosten der Unterkunft.

Alle Landkreise mit ausgeglichenem Haushalt

Mit dieser Unterstützung haben über 95 Prozent der hessischen Kommunen ihren Haushalt nach den Bestimmungen der Hessischen Gemeindeordnung ausgeglichen. Rund 70 Kommunen (15 Prozent) konnten ein jahresbezogenes Defizit nicht vermeiden. Sie schlossen das Corona-Jahr 2020 negativ ab, konnten sich dank bestehender Rücklagen aber den Haushaltsausgleich sichern. Lediglich bei 20 Städten und Gemeinden (4,5 Prozent) reichten die vorhandene Rücklagen nicht aus.

Innerhalb der kommunalen Familie sticht die gute Haushaltssituation der 21 hessischen Kreise besonders hervor. Die Landkreise erzielten zum Ende 2020 ein positives Gesamtergebnis von 367 Millionen Euro. Damit erreichten alle 21 Landkreise den Haushaltsausgleich.

„Die Hessische Landesregierung steht weiter eng an der Seite der kommunalen Familie“, sagte Beuth. „Gemeinsam haben wir das erste Pandemiejahr 2020 gut gemeistert. Die zwischenzeitlich angewachsenen Rücklagen eröffnen nunmehr die Option, dass die Kreisumlage in manchen Regionen spürbar reduziert werden kann, so dass unsere Städte und Gemeinden weitere finanzielle Spielräume nutzen können.“

Die Genehmigungsverfahren der kommunalen Haushalte für 2021 haben die Landräte und Regierungspräsidien nahezu abgeschlossen. Nur in wenigen

Problemfällen konnten die Kommunen den Aufsichtsbehörden noch nicht darlegen, dass ihre Haushaltspläne mit ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit vereinbar sind.

Solides finanzielles Fundament

Das Land Hessen unterstützte seine Kommunen bereits vor der Corona-Pandemie nach Kräften. Im Zusammenspiel mit zusätzlichen Finanzmitteln von außen, durch die Aufsicht angeleiteter Ausgabendisziplin und Ausschöpfung eigener Einnahmepotentiale sowie Sonderhilfen für die am meisten verschuldeten Kommunen, stehen die Landkreise, Städte und Gemeinden auf einem soliden finanziellen Fundament. 2012 hat das Land über 100 konsolidierungsbedürftigen Kommunen im Rahmen des kommunalen Schutzschirms Hilfen von über drei Milliarden Euro gewährt. Für das Kommunalinvestitionsprogramm I wurden 680 Millionen Euro vom Land bereitgestellt und für das Kommunalinvestitionsprogramm II weitere 118 Millionen Euro. Ab 2016 hat der neue Kommunale Finanzausgleich für eine am Bedarf orientierte und gerechtere Finanzausstattung gesorgt. 2020 hatte er mit fast sechs Milliarden Euro abermals ein Rekordniveau erreicht. 2018 setzte das Land einen Meilenstein bei der Bekämpfung kommunaler Altschulden: rund fünf Milliarden Euro Kassenkredite wurden aus den Büchern der hessischen Kommunen getilgt und auf die HESSENKASSE übergegangen. Zudem profitierten Kommunen ohne Kassenkredite von einem Investitionsprogramm mit einem Volumen von über 700 Millionen Euro.

Unterstützung hessischer Kommunen durch das Land

- ▶ 2012: Kommunaler Schutzschirm: 3 Milliarden Euro für 100 Kommunen
- ▶ 2016 - 2021: Kommunalinvestitionsprogramm (KIP) I: 680-Millionen Euro
- ▶ 2018 - 2023 Kommunalinvestitionsprogramm (KIP) II: 118 Millionen Euro
- ▶ 2017: Hessenkasse-Entschuldungsprogramm: 5 Milliarden Euro für 179 Kommunen
- ▶ 2017: Hessenkasse-Investitionsprogramm: 700 Millionen Euro für 257 Kommunen
- ▶ 2020: KIP macht Schule: Pauschalauszahlung 161 Millionen Euro
- ▶ 2020/2021: Hilfen zur Bewältigung der Corona-Krise: 3 Milliarden Euro (inkl. Gewerbesteuerkompensation in Höhe von 660 Millionen Euro Landesbeitrag)

Weitere Informationen.

Bildung – Lerncamps in den Sommerferien sind ein Erfolg

Auch in den kommenden Sommerferien haben Schülerinnen und Schüler in ganz Hessen wieder die Möglichkeit, an einem Lerncamp teilzunehmen und sich so noch besser auf die nächste Jahrgangsstufe und den Schuljahresstart vorzubereiten. Insgesamt mehr als 300 Schulen werden in den sechswöchigen Sommerferien Lernangebote in Kleingruppen für rund 13.300 Schülerinnen und Schüler anbieten.

„Das kommende Schuljahr wird ganz im Zeichen des Aufholens von verpasstem Lernstoffs stehen“, erklärte Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz. „Es freut mich daher sehr, dass bereits unsere bewährten freiwilligen Ferienlernangebote auf ein derart großes Interesse stoßen.“ Die Lerncamps sind Teil des landesweiten

Förderprogramms „Löwenstark – Der BildungsKICK“, das im kommenden Schuljahr Kinder und Jugendliche bei der Bewältigung der Coronakrise unterstützen wird. Die für Schülerinnen und Schüler kostenfreien Camps sind für alle Bildungsgänge und Schulformen geöffnet und werden von den teilnehmenden Schulen selbständig durchgeführt. In einem variablen Zeitraum innerhalb der hessischen Sommerferien haben Kinder und Jugendliche aller Klassenstufen die Möglichkeit, Lerninhalte in festen Kleingruppen zu wiederholen und zu vertiefen.

Das Angebot der Lernfächer richtet sich dabei nach den individuellen Bedürfnissen vor Ort und wird überwiegend von schuleigenen Fachkräften gestaltet, die die jeweiligen Lernstände der Schülerinnen und Schüler gezielt einschätzen können. Zusätzlich werden unter anderem Lehramtsstudierende, Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst sowie pensionierte Lehrkräfte eingesetzt. „Ich danke allen teilnehmenden Schulen sehr für ihr Engagement und bin mir sicher, dass die Lerncamps dazu beitragen werden, den Kindern und Jugendlichen den Start in das neue Schuljahr zu erleichtern“, sagte Lorz.

Weitere Informationen.

Verkehrsinfrastruktur – Sanierungstau abbauen

Die Sprengung der maroden Brückenteile der Salzachtalbrücke muss aus Sicht der Landesregierung so zügig wie möglich erfolgen, damit sich die sehr angespannte Verkehrssituation in und um Wiesbaden wieder bessert. Das betonte Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir im Hessischen Landtag. Den Sanierungstau an Straßen und Brücken bezeichnete er als das größte Infrastrukturproblem deutschlandweit.

„Bisher haben alle Beteiligten unter der Federführung der Autobahn GmbH sehr gut zusammengearbeitet“, sagte Al-Wazir. „Daher bin ich zuversichtlich, dass der Sommer genutzt wird, um die Sprengung vorzubereiten und durchzuführen. Das oberste Ziel ist neben der Frage der Sicherheit, die immer absolute Priorität haben muss, die Bundesstraße und die Bahnstrecke unterhalb der maroden Brücke wieder ohne Einschränkungen nutzen zu können. Wiesbaden muss verkehrlich wieder angeschlossen werden – auch wenn Umleitungen oder die provisorische Auffahrtsrampe auf die Bundesstraße 455 die Situation punktuell verbessern.“

Der Verkehrsminister wies noch einmal darauf hin, dass das Land seit 2014 im Straßenbau nicht nur die Investitionen, sondern auch das Personal schwerpunktmäßig für die Sanierung eingesetzt und aufgebaut hat. „Seit meinem Amtsantritt habe ich daran gearbeitet, dass wir nicht nur eine neue Brücke bekommen, sondern bis dahin der Verkehr weiter fließen kann – auf Straße und Schiene. Eine Vollsperrung ist genau das, was nicht passieren sollte und was wir in den vergangenen Jahren verhindern wollten. Es ist bitter, dass nur wenige Monate vor dem Abbruch des südlichen Teils der Salzachtalbrücke, über den seit November 2019 ohnehin keine Autos oder LKWs mehr fahren, nun ein solcher Unfall passiert ist.“ Der Nordteil der Brücke, über den noch der Verkehr lief und der daher

engmaschig untersucht wurde, ist nicht beschädigt, musste aber nach dem Unfall an der Südbrücke aus Sicherheitsgründen ebenfalls gesperrt werden.

Task Force für Brückenerhaltung

Seit 2014 stellt das Land mehr Geld und mehr Personal für Brückensanierung zur Verfügung – eine Kehrtwende nach Jahren des Sparens. In den vergangenen fünf Jahren wurden bei der Straßenbauverwaltung Hessen Mobil 85 zusätzliche Stellen geschaffen und mit der Gründung der Task Force für Brückenerhaltung eine effiziente Strukturveränderung für eine rasche Planung der Sanierungsprojekte umgesetzt.

„Der Sanierungsstau an Straßen und Brücken ist deutschlandweit das größte Infrastrukturproblem. Es wurde ewig vor sich hergeschoben, denn über Jahrzehnte wurde vor allem in den Neubau von Straßen und nicht genug in Sanierung und Ersatzbauten der bestehenden Infrastruktur investiert. Viele Brücken kommen ans Ende ihrer Lebensdauer, so dass der Verkehr eingeschränkt werden und mit Notinstandsetzungen ihr Weiterbetrieb gewährleistet werden muss“, so Al-Wazir. Parallel wurde mit Hochdruck daran gearbeitet, dass der Ersatzbau möglichst bald kommt. Genau daran hat Hessen Mobil bis Ende 2020 auch an der Salzachtalbrücke gearbeitet. Fehler bei Bohrungen der Verstärkungsmaßnahmen der alten Nordbrücke im Jahr 2019 hatten das Projekt allerdings verzögert.

„Ein solch plötzliches Ereignis wie am Südteil der Brücke, der schon keine Asphaltdecke mehr trägt, war nicht vorherzusehen“, so der Minister im Landtag. Durch die massive Entlastung aufgrund des wegfallenden Verkehrs waren sich alle Fachleute einig, dass am Südteil keine Probleme mehr geben würde. Auch während der Sonderprüfungen wurden keine Veränderungen am Bauwerk, die auf einen Schaden oder kommenden Schaden hätten hinweisen können, festgestellt. Die Autobahn GmbH des Bundes bereitet momentan nicht nur die Sprengung vor, sondern will auch noch Beweissicherung betreiben, damit klar wird, was genau zu diesem Ereignis geführt hat.

„Für mich steht im Vordergrund, dass der Verkehr im Salzachtal selbst bald wieder fließen kann. Wir sind im Gespräch mit der Autobahn GmbH und haben auch noch einmal gegenüber dem Bundesverkehrsministerium die jetzige katastrophale Situation für viele Pendlerinnen und Pendler und die Bedeutung Wiesbadens für den Ballungsraum Rhein-Main deutlich gemacht“, sagte Al-Wazir.

Ersatzbau der Salzachtalbrücke

Die Entscheidung für eine neue Brücke wurde 2009 getroffen. Es folgten im Zusammenhang mit dem geplanten 6-streifigen Ausbau der A 66 zwischen dem Autobahnkreuz Schierstein und der Anschlussstelle Erbenheim die Vorplanung inklusive der umweltfachlichen Gutachten. Als die sogenannte Vorzugsvariante für den Streckenausbau mit dem Bundesverkehrsministerium abgestimmt war, konnte die Entwurfsplanung für den eigentlichen Brückenneubau erstellt werden. Dies geschah 2016: Ein Verfahren einer solchen Größenordnung innerhalb von knapp zwei Jahren fertigzustellen, ist ungewöhnlich schnell. Auch die weiteren Bauvorbereitungen, der detaillierte Bauwerksentwurf und das europaweite Ausschreibungsverfahren wurden von Hessen Mobil schon teils parallel zur

Planfeststellung auf den Weg gebracht. Dies war auch dank der neu eingerichteten Taskforce Brückensanierung möglich.

Brücken an Landesstraßen in Hessen

37 Landesstraßenbrücken unterliegen Lastbeschränkungen. 18 dieser Brücken werden bis 2023 ersetzt bzw. saniert. Die Planungen sehen vor, dass weitere 5 Brücken bis 2025 ersetzt bzw. saniert werden. Bei den verbleibenden 14 Brücken besteht aktuell kein besonderer Handlungsbedarf.

Weitere Informationen.

Schule – Hotline für Fragen zur Zeugnisvergabe eingerichtet

Wie im vergangenen Schuljahr können Hessens Schulen die Zeugnisvergabe auch in diesem Jahr wieder auf mehrere Tage in der letzten Schulwoche vor den Sommerferien aufteilen. Um an diesen Tagen aufkommende pädagogische, schulpсихologische und rechtliche Fragen klären zu können, steht Schülerinnen und Schülern sowie ihren Eltern ein telefonisches Beratungsangebot der Staatlichen Schulämter zur Verfügung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der jeweiligen Schulämter sind von Montag, 12. Juli, bis Freitag, 16. Juli, von 9.00-16.00 Uhr erreichbar. Wichtig: Die Beratungstelefone sind nicht für Fragen zum neuen Schuljahr vorgesehen. Weitere Informationen mit Angabe der Durchwahlnummern.

Gesundheit – Erste Lesung des neuen Nichtraucherschutzgesetzes

Sozialminister Kai Klose hat eine positive Bilanz des seit September 2007 geltenden hessischen Nichtraucherschutzgesetzes gezogen und jetzt Veränderungen vorgestellt. „Dieses Gesetz hat wesentlich dazu beigetragen, die Lebensqualität und Gesundheit der Hessinnen und Hessen zu steigern“, sagte Klose. „Sie leiden seitdem sowohl am Arbeitsplatz als auch in ihrer Freizeit weniger unter Tabakrauch – das ist eine echte zivilisatorische Errungenschaft.“ Klose verwies in seiner Rede auf Daten des Deutschen Krebsforschungszentrums, nach denen sich die Konzentration von Tabakrauchpartikeln beispielsweise in Diskotheken von 2005 bis 2009 um 82 Prozent verringert habe. „Der Gesundheitsschutz spielt im Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger eine immer größere Rolle. Diese positive Entwicklung wollen wir fortsetzen und die Menschen in Zukunft noch besser vor den Gefahren des Passivrauchens schützen – insbesondere Kinder und Jugendliche, die dadurch besonders gefährdet sind.“ Um das zu gewährleisten, sieht der Entwurf unter anderem ein Rauchverbot auf Spielplätzen vor: „Dieses Verbot unterstützt die Vorbildfunktion der Erwachsenen und prägt das Bild einer rauchfreien Gesellschaft – und wir stärken das Recht von Kindern auf Schutz vor gesundheitlichen Schäden durch die Giftstoffe im Zigarettenrauch.“ Klose wies darauf hin, dass durch die Neufassung auch ähnlich schädliche alternative Konsumformen wie E-Zigaretten künftig vom hessischen Nichtraucherschutzgesetz erfasst werden – und dass

darüber hinaus keine Ausnahme mehr für Festzelte gelten soll. Weitere Informationen.

Veranstaltungen – Neue Internetseite „Eventgenehmigung Hessen“ gestartet

Mit einem digitalen Wegweiser unterstützt das Land Hessen Unternehmen der Messe- und Veranstaltungswirtschaft, die Genehmigungen für die Ausrichtung von Tagungen, Kongressen, Messen und anderen Veranstaltungen bei den zuständigen kommunalen Behörden beantragen möchten. „Die Corona-Pandemie hat die Veranstaltungs- und Messebranche hart getroffen, monatelang mussten die Türen geschlossen bleiben“, sagten Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir, Wissenschaftsministerin Angela Dorn und Sozialminister Kai Klose zur neuen Internetseite „Eventgenehmigung Hessen“. „Mit den Lockerungen werden Veranstaltungen jetzt nach und nach möglich. Wir wollen der Messe- und Veranstaltungsbranche bei dem Neustart helfen, nicht nur durch die jetzt mögliche Lockerung der Coronabeschränkungen, sondern auch mit einer Übersicht der jeweiligen Gesundheitsämter, die für die Genehmigung unter Corona-Bedingungen kontaktiert werden müssen.“ Gegenwärtig können bereits gewerbliche Veranstaltungen mit bis zu 250 Personen im Innenbereich und bis zu 500 Personen im Außenbereich genehmigungsfrei durchgeführt werden, wenn Hygiene- und Sicherheitsvorschriften eingehalten werden. Für Tagungen, Messen und sonstige Veranstaltungen mit mehr Teilnehmenden können bei den zuständigen Ämtern der Landkreise und kreisfreien Städte Genehmigungen beantragt werden. Die Einzelheiten regelt in Hessen die aktuelle Corona-Schutzverordnung. Auf der Internetseite kann nun mit Hilfe der Postleitzahl schnell und einfach nach Ansprechpartnern im jeweils zuständigen hessischen Gesundheitsamt gesucht werden. Außerdem steht eine Checkliste zum Hygienekonzept für Veranstaltungen zur Verfügung sowie die Anforderungen an ein sogenanntes Medical Clearing. Weitere Informationen.

Wirtschaft – Vergabe von öffentlichen Aufträgen in Hessen erleichtert

Mit der Novellierung des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes (HVTG) werden deutliche Verbesserungen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen in Hessen erreicht. „Mit dem aktualisierten HVTG liegt ein schlankes, effizientes Gesetz vor“, sagte Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir. „Es gibt einerseits den öffentlichen Auftraggebern das notwendige Werkzeug, nachhaltig und wirtschaftlich im Wettbewerb zu beschaffen, andererseits wurden zwischenzeitlich überflüssige Vorschriften und Sonderregelungen gestrichen, so dass Wettbewerbshindernisse für Bewerber und Bieter ausgeräumt werden. Insgesamt wird das Gesetz den Wettbewerb und die Anwendung sozialer und ökologischer Kriterien stärken, damit Menschen und Umwelt helfen und gleichzeitig Unternehmen schneller neue Aufträge verschaffen. Ich möchte die Kommunen ausdrücklich dazu ermutigen, die Möglichkeiten zu nutzen und soziale und ökologische Kriterien zum Bestandteil ihrer Vergaben zu machen“. Egal ob Land oder Kommune – jede öffentliche Stelle, die

einen Auftrag ausschreibt und vergibt, muss sich an das Hessische Vergabe- und Tariftreuegesetz halten. Um den bürokratischen Aufwand insbesondere für die Kommunen zu begrenzen, gilt das Gesetz ab einer Auftragssumme von 10.000 Euro. Das Gesetz gewährleistet den wirtschaftlichen Umgang mit öffentlichen Mitteln und einen fairen Wettbewerb der Bieterinnen und Bieter. Das seit 2015 geltende Tariftreue- und Vergabegesetz verlangt von Bewerberinnen und Bewerbern um öffentliche Aufträge, dass sie ihren Beschäftigten den Tariflohn, in jedem Fall aber den gesetzlichen Mindestlohn zahlen. Es verpflichtet das Land zudem, bei der Auftragsvergabe grundsätzlich auch soziale und ökologische Kriterien zu berücksichtigen wie etwa die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen oder die Verwendung fair gehandelter und ökologisch nachhaltiger Produkte und gibt den Kommunen ebenfalls die Möglichkeit, die Erfüllung sozialer und ökologischer Kriterien mit Bezug zum Auftragsgegenstand zum Bestandteil der Ausschreibung zu machen. [Weitere Informationen](#).

Verkehrswirtschaft – Eurobike findet erstmals in Frankfurt statt

Die Eurobike, die weltweite Leitmesse rund ums Fahrrad, wird im nächsten Jahr erstmals in der Messe Frankfurt stattfinden, und zwar vom 13. bis 17. Juli. „Der Messestandort Frankfurt bietet alles, was die Eurobike zum weiteren Wachstum braucht“, sagte Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir. „Es ist ausreichend Platz vorhanden, zudem ist man in zentraler Lage im Herzen Europas. Hier kann sich die Eurobike neue Besuchergruppen erschließen und mehr Ausstellerinnen und Aussteller anziehen. Das ist nicht nur ein gutes Signal für die Nahmobilität im Fahrradland Hessen, zugleich wird der Wirtschaftsstandort Frankfurt weiter gestärkt.“ Begründet wurde der Umzug mit der angestrebten weiteren Internationalisierung der Messe sowie damit verbundenen größeren finanziellen Spielräumen. Mit dem bisherigen Messeveranstalter in Friedrichshafen (Bodensee) hat die Messe Frankfurt dafür eine gemeinsame Gesellschaft gegründet. Die Fahrradbranche ist eine innovative Zukunftsbranche. Der Umsatz mit Fahrrädern hat sich in den vergangenen sieben Jahren mehr als verdreifacht. „In Hessen schaffen wir für das Produkt Fahrrad die nötige Infrastruktur und unterstützen mit der Nahmobilitätsstrategie die Kommunen bei der Umsetzung“, so Al-Wazir. „Wenn wir über Verkehrswende und Klimaschutz sprechen, hat das Thema Fahrrad für uns eine hohe Priorität.“ [Weitere Informationen](#).

Zahl der Woche

10.200 landwirtschaftliche Betriebe mit Viehhaltung

2020 gab es in Hessen rund 10.200 landwirtschaftliche Betriebe mit Viehhaltung, fast 3.250 Betriebe weniger als noch vor zehn Jahren. Unter anderem reduzierte sich die Zahl der milchkuhhaltenden Höfe auf 1.775 Betriebe mit rund 124.700 Milchkühen; gleichzeitig stieg die durchschnittliche Zahl der Milchkühe je Betrieb von 38 auf 70. Quelle: [Statistisches Landesamt](#)

Link der Woche

75 Jahre Hessen – Videobotschaft des Ministerpräsidenten

Am 1. Dezember 1946 trat die Hessische Landesverfassung in Kraft. Anlässlich des 75-jährigen Jubiläums spricht Ministerpräsident Volker Bouffier in dieser Videobotschaft über Hessens Erfolgsgeschichte und zitiert seinen Vorgänger Georg August Zinn, der sagte: „Hesse ist, wer Hesse sein will“.

Hessenbilder



Eine jetzt verlegte Stolperschwelle vor der Justizvollzugsanstalt Kassel erinnert an ein Verbrechen, das am 30. März 1945 begangen wurde. „Nur wenige Tage vor der Befreiung, am Karfreitag des Jahres 1945, führte die Gestapo zwölf Häftlinge der politischen Sonderabteilung des Zuchthauses in Wehlheiden auf den nahegelegenen Friedhof. Dort wurden sie ohne Urteil erschossen“, berichtete Justizministerin Eva Kühne-Hörmann bei der Verlegung. „Wie viele andere Ereignisse aus der Zeit des ‚Dritten Reiches‘ blieb auch dieses furchtbare Verbrechen lange in Vergessenheit und wurde erst nach und nach an die Öffentlichkeit gebracht. Die Stolperschwelle soll ein weiteres Vergessen verhindern und den unschuldigen Opfern ein würdiges Andenken geben.“ Foto: Justizministerium. [Weitere Informationen.](#)

Impressum

Der Newsletter der Hessischen Landesregierung wird herausgegeben von:

Hessische Staatskanzlei
Georg-August-Zinn-Str. 1
65183 Wiesbaden

Verantwortlich:
Staatssekretär
Michael Bußer
Sprecher der Landesregierung

Redaktion:
Klaus Euteneuer